Anrede,

wir lehnen diesen Antrag selbstverständlich ab. Es spiegelt genau das wider, was man von der AfD erwarten kann. Es ist die Fortsetzung der Petz-Portale, die von ihr bereits eingerichtet wurden, um missliebige Lehrkräfte öffentlich an den Pranger zu stellen. Nichts an dem Antrag ist sinnvoll und nichts davon wird gebraucht. Im Gegenteil, er wäre toxisch für die Schulen.

Woher die AfD ihre Einschätzung nimmt, dass bei den unterstellten Gewaltvorfällen davon auszugehen wäre, dass ein Teil nicht oder nur unzureichend erfasst wird, bleibt ihr Geheimnis. Selbstverständlich gibt es schon längst entsprechende Regelungen, Weisungen und Handlungsempfehlungen für die Schulen.

Schon vor drei Jahren haben wir die Entwicklung von Gewaltvorfällen an Schulen über eine Kleine Anfrage (8/1564) thematisiert und darauf auf mehr als 20 Seiten sehr umfassende Antworten aus dem Bildungsministerium erhalten. Darin ist bereits alles detailliert erfasst, was die AfD mit ihrem Meldeportal wissen will. Wenn sich die AfD tatsächlich für die reale Entwicklung interessieren würde, hätte sie nur eine solche Kleine Anfrage erneut stellen müssen.

Doch wie immer geht es der AfD nicht darum, Probleme zu lösen, sondern die Leute auf die Bäume zu treiben, zu dramatisieren, zu chaotisieren und ihre politischen Interessen über die sozialen Medien zu bedienen. Dabei sind ihr die Rechte und Schutzbedürfnisse von Schülerinnen und Schülern und ihren Lehrkräften wie immer völlig egal. Sogar Ton- und Videoaufzeichnungen will sie auf dem Portal hochladen, Dinge, die es an Schulen überhaupt nicht geben darf. Wohin es führt, wenn Schlagzeilen über angebliche Skandale wichtiger sind, als Konflikte zu klären, hat sich ja erst vor Kurzem an der Novalis-Grundschule in Hettstedt wieder einmal gezeigt.

Schule ist eine pädagogische Veranstaltung. Die Lösung unterschiedlichster Entwicklungsprobleme der Heranwachsenden gehört zur professionellen Arbeit von Pädagoginnen und Pädagogen, die sie täglich mit Engagement und Einfühlungsvermögen leisten. Nur in Extremfällen ist dabei auch das Eingreifen von Polizei und Justiz erforderlich. Die Schulen brauchen keinen hemmungslosen Voyeurismus. Die Schulen brauchen zur Unterstützung durch mehr Schulsozialarbeit und keine Hetzjagden durch Tiktok-Junkies!